

Rede des Leiters der Abteilung „Demografischer Wandel, Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Prof. Dr. Matthias von Schwanenflügel, zur Eröffnung des 2. Zukunftskongresses Soziale Infrastrukturen am 6. Juni 2018 in Berlin

Prof. Dr. Matthias von Schwanenflügel:

„Sehr geehrter Herr Proll,

sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich willkommen zum 2. Zukunftskongress Soziale Infrastrukturen. Ich freue mich sehr, heute hier zu sein und diese Veranstaltung im Namen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eröffnen zu dürfen.

Mit dem diesjährigen Kongressthema „Für eine Zukunft ohne Barrieren“ entwirft der Behörden Spiegel eine Vision von einer barrierefreien Gesellschaft – und legt zugleich den Finger in die Wunde. Es drängen sich einige grundsätzliche Fragen auf. Erstens: Welche Barrieren gibt es heute in unserem Land? Zweitens: Welche Bevölkerungsgruppen sind betroffen? Und drittens: Was können wir tun, um diese Barrieren aus dem Weg zu räumen und Deutschland barrierefrei zu machen? Das sind Fragen, die mich – wie vermutlich auch viele andere in diesem Saal – in meiner täglichen Arbeit als Abteilungsleiter für Demografischen Wandel, Ältere Menschen und Wohlfahrtspflege immer wieder umtreiben.

Lassen Sie uns zunächst aber nochmal einen Schritt zurückgehen. Was heißt denn eigentlich „barrierefrei“? Wie der Behörden Spiegel in seinem Programm richtig anmerkt, wird der Begriff vorwiegend im Zusammenhang mit Menschen mit Behinderungen gebraucht. Auch ich denke bei dem Begriff zugegebenermaßen immer zuallererst an Aufzüge und abgesenkte Bordsteine. Ich stimme aber zu, dass zu Barrierefreiheit noch sehr viel mehr gehört als das. Es geht um nichts weniger als die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen in unserem Land – sei es im Bereich Gesundheit, Bildung, Kultur, politische Mitsprache oder Mobilität. Und es muss noch sehr viel getan werden, damit dieser Begriff auch so verstanden wird.

Ich bin dem Behörden Spiegel deshalb sehr dankbar, dass Sie mit diesem Kongress ein Zeichen setzen und zu einem Diskurs anregen, der den Begriff auf eine breiter inhaltliche Grundlage stellt. Es gibt mit Sicherheit ganz verschiedene Arten von Barrieren. Auf zu hohe Bordsteine und Treppenaufgänge ohne Fahrstuhl war ich eben schon zu sprechen gekommen. Die können im Übrigen nicht nur für gehbehinderte Menschen, sondern zum Beispiel auch für Familien mit Kinderwagen zu einem echten Hindernis im Alltag werden. Das sind materielle Barrieren, für alle sichtbar und fassbar. Daneben gibt es aber auch unsichtbare Barrieren, die vielleicht auch nur in den Köpfen der Menschen bestehen und gar nicht jedem bewusst sind.

Barrieren, die durch Vorurteile entstehen, oder auch durch das Fehlen von Informationen oder anderen Ressourcen. Soziale Infrastrukturen können einen wichtigen Beitrag leisten, Barrieren verschiedener Art abzubauen.

Die bedeutende Rolle, die soziale Infrastrukturen spielen, wird gerade vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen deutlich, die etwa mit dem demografischen Wandel, Migration, (Re)Urbanisierung und auch dem digitalen Fortschritt einhergehen. Vernetzte, sozialraumorientierte, am Bedarf der jeweiligen Kommune orientierte Angebote, Einrichtungen und Orte sind nötig, um die verschiedenen Herausforderungen der nächsten Jahren auf lokaler Ebene zu bewältigen. Institutionen, die den Zusammenhalt stärken und Lebensqualität erlauben. Insofern war es nur folgerichtig, dem Demografie-Kongress Best Age im letzten Jahr eine neue, breitere Ausrichtung zu geben und die sozialen Infrastrukturen in den Mittelpunkt zu rücken. Und dabei gerade die lokale Ebene im Blick zu behalten.

Die Bundesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, regionale Ungleichheiten in der Daseinsvorsorge zu verringern, in Infrastruktur zu investieren und strukturschwache Regionen stärker zu unterstützen. Um gleichwertige Lebensverhältnisse im Land, in städtischen und ländlichen Räumen, in Ost und West herzustellen. Ich möchte daran erinnern, dass man dabei nicht die Menschen vergessen darf. Und dass die Diskussionen nicht beim Breitbandausbau und bei Verbesserungen in der Mobilität enden dürfen. Nur dafür zu sorgen, dass es überall schnelles Internet gibt und man schnell von A nach B kommt, ist ganz sicher wichtig aber zu kurz gedacht, wenn man gleichwertigere Lebensverhältnisse schaffen will. Auch die Frage, ob Menschen Zugang zu grundlegenden Leistungen der Daseinsvorsorge, zu Lebensqualität und Teilhabe, zu Hilfe und Unterstützung haben, entscheidet sich in ganz erheblichem Maße vor Ort im direkten Lebensumfeld. Auch diese Punkte müssen Beachtung finden, wenn es um gleichwertige Lebensverhältnisse geht. Letztlich bestimmen auch sie über den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und damit über die Zukunft unserer Demokratie.

Ich möchte nochmal auf die großen Veränderungen, gerne auch ‚Megatrends‘ genannt, zurückkommen, die unsere heutige Gesellschaft prägen. Niedrige Geburtenraten bei zugleich steigender Lebenserwartung, die Abwanderung junger Menschen in Großstädte und die Zuwanderung ausländischer Bevölkerungsgruppen führen dazu, dass die Gesellschaft bunter und älter wird. Die Zahlen des Statistischen Bundesamtes verdeutlichen die fortschreitende Alterung der Bevölkerung ganz gut. So lag im Jahr 2015 der Anteil der Menschen ab 65 Jahren noch bei 21%. Das wäre also etwas mehr als jeder fünfte Mensch in Deutschland. Aktuellen Prognosen zufolge wird sich dieser Anteil bis 2040 auf etwa 29% und bis 2060 auf 31% erhöhen – das wäre dann fast jeder dritte Mensch. Die Gesellschaft ändert ihr Gesicht! Offizielle Zahlen prognostizieren außerdem einen starken Anstieg des Anteils der hochaltrigen Menschen ab 80 Jahren. Der lag 2015 noch bei 6%, soll sich bis 2060 allerdings verdoppeln. Neben den weitreichenden Veränderungen was

die Zusammensetzung der Bevölkerung angeht, schreitet die Digitalisierung voran. Und greift immer stärker in alle Lebensbereiche ein, ob in der Arbeitswelt oder im Privatleben. Dass die Digitalisierung alle Probleme löst und dass alle Bevölkerungsgruppen an allen Orten gleichermaßen davon profitieren können, glaubt wohl keiner. Ich will auch gar nicht abstreiten, dass diese Entwicklungen das Potential haben neue Barrieren zu schaffen und soziale oder auch regionale Unterschiede zu verfestigen. Und das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse damit in weitere Ferne rücken könnte. Hierbei darf man allerdings auch nicht vergessen, dass Gleichwertigkeit nicht mit Gleichheit gleichzusetzen ist.

Die Veränderungen unserer Gesellschaft sind derzeit von einer solchen Dynamik geprägt wie lange nicht. Und diese Gesellschaft gilt es für uns zu gestalten. Die regionalen Herausforderungen, mit denen die Kommunen sich auseinandersetzen müssen, sind häufig ähnlich. Jedoch sind die Ressourcen, die vor Ort zur Verfügung stehen, überaus verschieden. Dies gilt sowohl für die finanziellen Ressourcen der Kommunen als auch für die unterschiedlichen lokalen Rahmenbedingungen hinsichtlich Dienstleistungs-, Versorgungs- und Teilhabestrukturen. Auch materielle und immaterielle Ressourcen der lokal ansässigen Bürgerinnen und Bürger sind nicht überall gleich. Das müssen wir berücksichtigen. Mit den gesellschaftlichen Veränderungen wandeln sich notwendigerweise auch die Anforderungen an die Daseinsvorsorge und damit auch die Rollen einzelner beteiligter Akteure. Dies ist auch eine zentrale Erkenntnis des siebten Altenberichts. Der Expertinnen- und Experten-Rat empfiehlt uns, ein neues Verständnis von Daseinsvorsorge zu entwickeln. Ein Verständnis von geteilter Verantwortung. Ein Verständnis hin zu ‚caring communities‘, also sorgenden Gemeinschaften, in denen sich Einzelne, Familien, Nachbarschaftsnetzwerke, bürgerschaftlich Engagierte, Wohlfahrtsverbände, soziale Dienstleister und Kommunen Aufgaben teilen. Das bedeutet nicht, dass sich der Staat seiner Verantwortung entzieht. Ganz im Gegenteil. Wir suchen nach neuen Wegen, die bestehenden Sorgestrukturen noch sinnvoller flankieren und die hohe Engagementbereitschaft unterstützen zu können.

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass in den gesellschaftlichen Herausforderungen auch Chancen liegen. Chancen sich inspirieren zu lassen und zu inspirieren. Chancen, gemeinsam mit- und voneinander zu lernen. Chancen, im demokratischen Sinne gemeinsam die sozialen Infrastrukturen vor Ort neu zu sortieren. Chancen auf ein längeres Leben in Gesundheit. Auch darum muss es gehen auf diesem Zukunftskongress.

Das Bundesfamilienministerium befasst sich mit seinen Politikbereichen an vielen Stellen mit bestehenden Barrieren und setzt Maßnahmen um, die zur Beseitigung dieser Barrieren und mehr Teilhabe beitragen. Wir haben da in den vergangenen Jahren an vielen Stellschrauben gedreht und wollen das auch in dieser noch jungen Legislaturperiode weiter tun. Genügend Beispiele gibt es. In meinem Zuständigkeitsbereich denke ich da zum Beispiel an das Pflegeberufegesetz, das wir gemeinsam mit dem Bundesgesundheitsministerium auf den Weg gebracht haben.

Mit diesem Gesetz verfolgen wir das Ziel, die berufliche Pflegeausbildung moderner, durchlässiger und attraktiver zu gestalten und damit einen besseren Zugang zum Pflegeberuf zu schaffen. Frau Ministerin Dr. Giffey treibt als neue Familienministerin zusätzlich die Aufwertung sozialer Berufe weiter voran und will sich für gute Arbeitsbedingungen und angemessene Löhne in diesem Bereich engagieren.

Die Ministerin wird sich ebenso dafür einsetzen, dass Menschen mit Demenz so lange wie möglich in der Mitte der Gesellschaft bleiben können. Gemeinsam wollen wir die Bürgerinnen und Bürger, Organisationen sowie Unternehmen dafür sensibilisieren, die von Demenz betroffenen Menschen nicht auszugrenzen, damit sie bis zu ihrem Lebensende am Leben in der Gesellschaft teilhaben können. Pflegende Angehörige wollen wir durch den weiteren Ausbau von lokalen Hilfenetzwerken und wohnortnahen Beratungs- und Unterstützungsangeboten zusätzlich entlasten. Ziel muss die Sicherung von Lebensqualität sein, ganz gleich wo die von Demenz betroffenen Menschen leben – zu Hause, in einer Demenzwohngemeinschaft oder in einer stationären Einrichtung. Gemeinsam mit dem Bundesgesundheitsministerium werden wir den eingeschlagenen guten Weg der Allianz für Menschen mit Demenz weiterführen und zusammen mit den Partnern der Allianz und den Bundesländern zu einer Nationalen Strategie weiterentwickeln.

Demografiepolitik ist selbstverständlich Politik für alle Generationen, auf kommunaler Ebene ebenso wie auf Bundesebene. Wir wollen weiterhin in lokale Infrastrukturen investieren, die sich bewährt haben, um Menschen aller Altersgruppen vor Ort zu erreichen. Wir wollen das Programm der Mehrgenerationenhäuser wieder neu auflegen, Start wäre dann in 2021. Denn sie sind ein Erfolgsmodell und festigen den sozialen Zusammenhalt zwischen den Generationen vor Ort. Und wir wollen die Demografiestadt Kommunen weiterführen und verfolgen das Ziel sie weiter auszuweiten. Denn die Frage, wie gut wir mit dem demografischen Wandel klarkommen, wie aktiv und strategisch wir ihn gestalten können, diese Frage entscheidet sich vor allem auf der kommunalen Ebene. Die Ausprägungen des demografischen Wandels wiederum wirken sich regional sehr unterschiedlich aus. Wir brauchen unterschiedliche Demografiestrategien für unterschiedliche Regionen und Regionstypen. In der Demografiestadt Kommunen unterstützen wir Kommunen deshalb, mit passgenauen Maßnahmen daran zu arbeiten ,demografiefest‘ zu werden, sich miteinander zu vernetzen und sich über Erfahrungen und Erkenntnisse auch auf kollegialer Ebene auszutauschen. Eine altersgerechte Quartiersgestaltung und die Förderung von Selbstbestimmung im Alter sind sicherlich zentrale Ziele, die sich mehrere Modellkommunen gesteckt haben. Sie sind aber längst nicht die einzigen. Weitere Ziele sind etwa die Stärkung von Bürgerbeteiligung sowie die Entwicklung einer kommunalen Identität in einer sich ändernden Welt als wesentliche Haltefaktoren. Das gilt ganz besonders mit Blick auf die Einbindung von Jugendlichen, denen es in ländlichen Räumen oft an Perspektiven fehlt. Den Wegzug jüngerer Menschen zu verhindern und ihren Zuzug zu fördern ist für schrumpfende sowie stark alternde Regionen meiner Meinung nach eine der großen Zukunftsaufgaben. In unserem Projekt spielt zunehmend auch die

Digitalisierung als Baustein zur Sicherung lokaler Sorgestrukturen eine Rolle. Nicht zuletzt sollen auch Veränderungsprozesse in den Verwaltungen der Kommunen angestoßen werden,

und zwar in Richtung einer engeren ressort- und kommunenübergreifenden Zusammenarbeit. Denn die Herausforderungen des demografischen Wandels anzugehen ist nun mal eine Querschnittsaufgabe.

Ein weiteres, ganz zentrales Ziel des BMFSFJ ist es, zivilgesellschaftliches Engagement weiter zu stärken und dessen Anerkennung zu fördern. Auch das Patenschaftsprogramm „Menschen stärken Menschen“, das zur Unterstützung der Integration Geflüchteter ins Leben gerufen wurde, soll weiterentwickelt und für weitere Gruppen geöffnet werden. Wir kümmern uns um die Kümmerer!

Im Bereich der Gleichstellungspolitik sind etwa das Entgelttransparenzgesetz oder auch das Bundesprogramm „Stark im Beruf“ als gute Beispiele zu nennen, die daran ansetzen bestehende Barrieren abzubauen. Kinderarmut zu bekämpfen und den Zugang zu qualitativ hochwertiger früher Bildung zu verbessern sind weitere wichtige Vorhaben, die in der neuen Legislaturperiode in Angriff genommen werden. Für mehr Teilhabe aller Kinder und ihrer Familien in unserem Land. Damit jedes Kind es packt!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Rahmenbedingungen für Teilhabe sicherzustellen, ist eine der wesentlichen staatlichen Aufgaben. Der Bund allein kann sie aber nicht gewährleisten. Wir sind auf die Zusammenarbeit mit vielen wichtigen Partnern angewiesen, allen voran natürlich die Länder und Kommunen. Die Wohlfahrtsverbände sind gefragt, ebenso wie die Fachkräfte in der Kita, in der Pflege, in der Sozialen Arbeit; die vielen freiwillig Engagierten, aber auch die sozial engagierten Unternehmen. Viele wichtige Akteure sind heute hier versammelt. Einige wichtige Zukunftsthemen stehen auf der Agenda. Angesichts der Alterung der Gesellschaft, und dem daraus resultierenden steigenden Auftreten von chronischen Erkrankungen und Multimorbidität ist das vorgesehene Forum zur sektorenübergreifenden Versorgung sehr zu begrüßen.

Ebenso freue ich mich, dass mein Ministerium an diesem Vormittag ein Forum zum Thema Demenz ausrichtet. In Deutschland leben zurzeit rund 1,6 Mio. Menschen mit Demenz. Bis 2050 wird sich die Zahl vermutlich verdoppeln. Es geht also nicht darum, ob wir uns als verantwortliche Regierung dem Thema widmen, sondern wie wir die von Demenz betroffenen Menschen und ihre Angehörigen unterstützen und als Gesellschaft das Thema annehmen.

Am späten Nachmittag geht es dann in einem weiteren Forum um die Demografiwerkstatt Kommunen. Da werden wir über Hürden in der Verwaltung, der Infrastruktur, aber auch in der Gesellschaft sprechen, die unseren Modellkommunen bei der Umsetzung ihrer eigenen Demografiestrategie begegnet sind. Thematisiert werden also sowohl die Herausforderungen ämterübergreifender Zusammenarbeit als auch mobilitätsbezogene Barrieren oder Teilhabebarrieren älterer Menschen. Um

dann anschließend die entsprechenden Lösungsansätze in den Kommunen vor Ort zur Sprache zu bringen. Damit bewegen wir uns klar auf dem Themengebiet der Sozialraumgestaltung, das die lokale Ebene in den Vordergrund rückt. Wie können Quartiere altersgerecht gestaltet werden? Was können Akteure vor Ort beitragen, und wie lässt sich deren Vernetzung fördern? Netzwerke vor Ort sind unverzichtbar: Sie fördern nicht nur ein selbstbestimmtes Wohnen und Leben im Alter. Sie verbessern für alle, Ältere wie Jüngere, die Lebensqualität.

Die verbleibenden Foren greifen die Themen Digitalisierung, Bildung und Integration auf. Zu Recht, da die Gesellschaft nicht nur älter sondern auch immer vielfältiger wird, der technische Fortschritt immer rasanter vor sich geht und die Anforderungen an Fachkräfte immer weiter steigen. Ich möchte jedoch zu bedenken geben, dass neue Technologien auch selbst zu einer Barriere werden können. Für die Menschen nämlich, die sie sich nicht leisten können und auch für diejenigen, die nicht die entsprechenden digitalen Kompetenzen mitbringen. Wie die Technologien für alle Gruppen barrierefrei gestaltet werden können, muss also immer Teil der Diskussion sein. Insofern bietet dieser Kongress viele Gelegenheiten, in einen Zukunftsdialog zu treten. Nicht nur über die bevorstehenden Hindernisse, sondern vor allem auch über Ansätze für deren Beseitigung und über Chancen. In einen Dialog darüber, wie starre Strukturen etwa im Bereich der Gesundheitsversorgung oder in der Kommunalverwaltung aufgebrochen werden können. Und wie eine soziale, inklusive Gesellschaft zu gestalten ist, an der alle gleichberechtigt teilhaben. Denn davon profitieren letztlich wir alle.

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, dass der Diskurs über den Abbau von Barrieren immer wichtiger wird, gerade in Zeiten zunehmender Abschottung und gesellschaftlicher Spaltung. In Zeiten, in denen neue Mauern gebaut werden, müssen wir alle uns dafür stark machen, diese Mauern durch Dialog und Tatkraft zu überwinden und alle Teile der Bevölkerung zu beteiligen. Denn eins ist doch offenkundig: Zusammenhalt und Teilhabe sind nicht einfach da. Sie entstehen und bleiben bestehen, indem Menschen sich dafür einsetzen. Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten, verschieden in Glaube, Herkunft, Alter, Geschlecht und sexueller Orientierung. Von der heutigen Veranstaltung erhoffe ich mir eine konstruktive Diskussion mit vielen Lösungsvorschlägen und Best-practice Beispielen zum Nachahmen. Ich wünsche mir einen klaren Fokus auf die Chancen und Potentiale, ohne die Realität dabei aus den Augen zu verlieren. Denn wenn man genauer hinschaut, geht es doch um sehr viel mehr als die Beseitigung von Barrieren. Es geht um Aktivierung und Partizipation, Vernetzung und Gestaltung. Es geht um gesellschaftlichen Zusammenhalt, Lebensqualität und die Stärkung unserer Demokratie. In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen spannenden und erfolgreichen Kongress!

Herzlichen Dank!“